

## Die Bedeutung von Civil Society und Nichtregierungsorganisationen in der VR China

Nora Sausmikat

In der entwicklungspolitischen Debatte gab es seit der Kritik der 80er Jahre an der makro-ökonomischen Stabilisierungspolitik eine Verschiebung hin zu struktureller Ursachenforschung und Krisenprävention (Uschi Eid 2000, S. 39). Das Programm der Vereinten Nationen (UNDP) hat 1994 das Konzept der „menschlichen Sicherheit“ in die internationale Diskussion eingebracht, welches das Bedrohungspotential nicht mehr nur ausschließlich in militärischen Konflikten verortet, sondern auch in sozialen Disparitäten, Armut, Umweltverschmutzung, Verletzung der Menschenrechte, finanzieller Instabilität sowie fehlenden Zugang von Bevölkerungsgruppen zu politischen Institutionen und Entscheidungsstrukturen.

Etwa zeitgleich wuchs das Interesse am Faktor „Civil Society“ für eine Konsolidierung von „jungen Demokratien“, vornehmlich ausgelöst durch die Vorgänge in Osteuropa. Ein Begriff verselbstständigte sich, aus dem Ursprungsbegriff "bürgerliche Öffentlichkeit", dem 1962 veröffentlichten Werk Jürgen Habermas über den "Strukturwandel der Öffentlichkeit" entnommen, wurde in der Adaption osteuropäischer Intellektueller die "Civil Society". Die Aufnahme des Begriffs durch amerikanische Sinologen führte schließlich zur Adaption durch die chinesischen Intellektuellen selbst.

Die Evaluation des Erfolgs von Stabilisierungs- und Konsolidierungsprozessen in Transformationsgesellschaften hängt entscheidend von den wissenschaftlichen Definitionen der Parameter ab. Die chinesischen Diskurse zu internationalen Themen wie Civil Society, Good Governance, Gender Mainstreaming oder ähnliches sind vornehmlich von Übersetzungs- und Interpretationsproblemen geprägt. So beginnt denn auch Yu Keping's Aufsatz mit einer Definition. Yu Keping ist ehemaliger Absolvent der renommierten Beijing

Universität, wurde dann Mitarbeiter im Marxismus-Leninismus Übersetzungsbüro, welches später das China Center for Comparative Politics and Economics angliederte, dessen Leiter Yu heute ist. Yu griff das Thema Civil Society auf, nachdem es Anfang der 1990er Jahre vornehmlich noch als abstrakte Kategorie durch die Diskurse der chinesischen Intellektuellen geisterte (Frick 1993, S. 13).

Im Jahre 1998 gründete das Institut für Entwicklungsstudien in Sussex zusammen mit der Ford-Foundation das "Civil Society and Governance" Programm, welches sich zum Ziel gesetzt hatte, weltweit (in 22 Ländern aus Asien, Afrika, Lateinamerika, Osteuropa, dem Mittleren Osten und Amerika) anhand von Fallbeispielen Funktion, Charakter und den Einfluß der Civil Society zu untersuchen.

Yu war zusammen mit den bekannten Intellektuellen Liu Junning und Sun Liping zuständig für den Chinabereich und der vorliegende Aufsatz ist Teil dieser Fallstudie. Yu untersuchte die Dorfkomitees, Familienplanungsvereinigungen, die Jugendliga und Dorfmilizen als Beispiele "ländlicher Zivilorganisationen". Sun Liping untersuchte im Detail die Entstehungsgeschichte, ideologische Rechtfertigung und institutionellen Schwierigkeiten des "Project Hope" – ein lehrreiches Fallbeispiel, wenn man etwas über die administrativen und politischen Schwierigkeiten von Wohlfahrtsinitiativen in China lernen möchte. Liu Junning untersuchte anhand der Beziehung zwischen Regierung und den Handelskammern den Aufstieg einer Civil Society in der entstehenden Marktwirtschaft. Besonders im Hinblick auf die Durchsetzung des Schutzes von Privateigentum und Privatunternehmen schildert er die wichtige Vermittlerrolle der Handelskammer.

Schon diese drei Fallbeispiele zeigen, inwieweit sich die Konzeption der "Civil Society" gewandelt hat. Ähnlich wie in Südkorea arbeiten viele Chinesen lieber mit dem

englischen Begriff „Civil Society Organizations“, wenn sie Messinstrumente für die Entstehung einer Civil Society benennen wollen. Diese Organisationen werden gefasst als soziale Wohlfahrtsorganisationen, die in Kooperation mit dem Staat die Aufgaben einer sich modernisierenden Gesellschaft gemeinsam bewältigen (Yu S. 2). Diese Konzeption hat sich weit entfernt von dem Konzept der "bürgerlichen Gesellschaft" im Sinne Habermas, die als Grundlage Öffentlichkeit (public sphere) idealtypisch als "sozialen Raum" definiert, in dem sich öffentliche Meinung frei von autoritären Eingriffen artikulieren kann (Habermas 1984, S. 52).

Aber die Verkürzung des komplexen Begriffs wurde ja schon in den anglo-amerikanischen Ansätzen zur Civil Society mit der Intention verfolgt, die gesellschaftliche Transformation kommunistischer oder postkommunistischer Staaten mit einer bürgerlichen Ideologie zu unterlegen – die sich etablierende "Öffentlichkeit" in diesen Staaten ist nicht mehr zwangsläufig an die enge Habermas'sche Definition einer "bürgerlichen Gesellschaft" (des europäischen 17./18. Jh.) gebunden. Auf diese Weise können z.B. die Ahnentempel oder Clanorganisationen als Civil Society Organisationen definiert werden (Yu S. 4), denn sie beschreiben eine organisierte Öffentlichkeit durch eine anerkannte dörfliche Elite, die sich für das Gemeinwohl einsetzt und sich ein gewisses Maß an Autonomie erobern konnte. Amerikanische Chinawissenschaftler und chinesischstämmige Amerikaner verbinden mit dem Begriff "Civil Society" einen Wandel von totalitär geprägten Staats-Gesellschaftsbeziehungen hin zu einer sich pluralisierenden und diversifizierenden Gesellschaft, die nicht zwangsläufig gegen den Staat opponiert, aber autonome Räume erkämpft (Zhao Suisheng 2000 S. 9, Ding Yijiang 2000, S. 132).

China nimmt teil an einem globalen Veränderungsprozess, in dem Regierungen den Wohlfahrtsstaat zurückfahren und sich die Weltbank in der Stärkung von

Gemeinschaftsorganisationen engagiert. Manche Wissenschaftler bezeichnen daher die Konzeption einer Civil Society als politische Instanz der Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft als "altes Paradigma", welches von einem kooperativen Modell der Partnerschaft (PPP) abgelöst wurde. Letztendlich entsteht hier eine Art "Öffentlichkeit", die mit den staatlichen Instanzen zusammen Konzepte zur Organisation der entstehenden Interessengruppen erarbeitet.

Konsequenterweise legt Yu einen Begriff zugrunde, der Sozialmanagement, öffentliche Verwaltung und wirtschaftliche Interessenorganisationen als Basis der Civil Society in China formuliert. Vergleicht man die Entwicklung von Civil Society Organisationen, die Definitionen von Civil Society und die Konzeption von Nichtregierungsorganisationen in den Ländern Südostasiens, in Japan und China, so fallen einige Gemeinsamkeiten auf.

#### **Sozialgeschichtliche Definition von Civil Society**

In Japan definierte man NRO als traditionelle religiöse Dienstleister, in den 60er Jahre fielen darunter Bürgervereinigungen, die sich zum Teil sehr radikal für politische Themen wie Umweltschutz einsetzten, in den 70er und 80er Jahren dann profilierten sich moderatere Gruppen als "Civil Society Organizations", die sich auf soziale Wohlfahrt und internationale Zusammenarbeit konzentrierten. Alle Organisationen operierten allerdings in einem vagen legalen Rahmen und waren vor der Regulierungsinstanz des Staates nicht geschützt. Erst die Reform des seit 1898 geltenden Gesetzes im Jahre 1998 erlaubte diesen Organisationen mehr Selbstständigkeit und finanzielle Eigenständigkeit. In den Philippinen und in Korea wird die Form der Verwaltung von "Civil Society Organisationen" als "state corporatism" beschrieben (The democracy forum of East Asia 2000, Session I, S. 2).

Seit den 90er Jahren werden Civil Society Organisationen in fast allen Ländern Südostasiens, Japan und China vornehmlich definiert über ihre Erfüllung von sozialen Wohlfahrtsaufgaben und ihre Schlüsselrolle bei der Entwicklung der Sozialreformen.

## NRO in der VR China

Ähnlich wie auch in den anderen, vor allem postsozialistischen Transformationsstaaten wird der Abbau totalitärer Strukturen mit der Entwicklung einer Civil Society gleichgesetzt. Die Demokratisierung der Gesellschaft wird festgemacht an der Entwicklung von sich organisierenden Interessengruppen unterschiedlichster Couleur, die als Basis für eine sich bildende Civil Society betrachtet werden (Yu, S. 11). So ist es aus der Sicht vieler chinesischer Wissenschaftler ein Indiz der Emanzipation der Bürger vom totalitären Staat, wenn sich Unternehmerclubs und professionelle Vereinigungen bilden können (Yu, S. 3-4). Dennoch ist es vielleicht verfrüht zu behaupten, das Grundrecht auf Vereinigung sei durch die Einführung der Marktwirtschaft zu einem gewissen Grade verwirklicht, denn alle Vereinigungen in China bedürfen der Zustimmung durch staatliche Instanzen. Die Unabhängigkeit von NRO oder Civil Society Organisationen ist denn auch das vorrangige Thema in der internationalen Debatte zu der entwicklungspolitischen Bewertung des sog. „dritten Sektors“ in China.

Die sogenannten „*Minjian*“-Organisationen oder „*shehui tuanti*“ (wörtlich: Mitgliedergemeinschaften, vgl.: Young 1999/2000, S. 12, Saich 2000, S. 124) gelten gemeinhin in China als NRO/NPO<sup>1</sup>-Körper. Nach Saich umschließt dieser Begriff sowohl autonome (d.h. auch finanziell autonome) Vereinigungen als auch Organisationen aufgebaut durch Staatseinheiten, die als Wohlfahrtseinrichtungen fungieren sollen. Ähnlich wie in anderen asiatischen Staaten (so z.B. in Süd-Korea) sind diese Organisationen durch staatliche Restriktionen in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Seit der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing und dem in Huairou lokalisierten NGO-Forum werden große staatliche Verwaltungsgorgane mit dem Label NGO geschmückt. Zur Weltfrauenkonferenz wurden 36 Frauen-NRO akkreditiert - an der Spitze

der Nationale Frauenverband, seit 1995 offiziell die „größte NRO“ Chinas.

Natürlich wird seither der Begriff NGO heiß diskutiert. Es soll hier nicht weiter erörtert werden, inwieweit nun der inflationäre Gebrauch dieser Bezeichnung den einzelnen Aktivitäten abträglich ist oder nicht. Tony Saich (2000) hat in einem Artikel schon auf die Komplexität der Interaktion zwischen dem Parteienstaat und sozialen Organisationen hingewiesen. Der Trend weg von Staatsfürsorge und hin zu Privatinitiativen oder Wohlfahrtseinrichtungen wird spätestens seit dem XV. Parteikongress (1997) allgemein als Lösung der zukünftigen sozialen Probleme im Zuge der Reform angesehen. Im Herbst 2000 fand eine internationale Konferenz zur Entwicklung der NRO und NPOs an der Qinghua-Universität in Beijing statt. Hier wurde das Ziel chinesischer NRO aus der Regierungsperspektive noch einmal offen dargelegt: So dienen NRO in China vornehmlich der Mobilisierung der sog. „sozialen Kräfte“ (*shehui lilian*) zum Zwecke der Substituierung der Regierung im Bereich der sozialen Wohlfahrt und darüber hinaus der Verschlankung der Bürokratie. Die Ende der 90er Jahre gegründeten NRO wurden oft zu Versorgungsinstitutionen von pensionierten Regierungskadern und als Institutionen des Fundraisings mißbraucht - so Nick Young von China Development Brief<sup>2</sup>. Wir wissen auch, daß es in China wie in anderen asiatischen Staaten das Kuriosum von „staatlichen NRO“ (government organized NGO=GONGO) gibt. Diese Organisationen werden von staatlichen Behörden als NRO gegründet (wie z.B. die Familienplanungsvereinigung), um (offiziell) im traditionellen leninistischen Rahmen als Transmissionsriemen in die Gesellschaft hineinzuwirken, in der Tat aber, so Saich, oft nur Fundraising-Organisationen seien.

Der generelle Eindruck, chinesische NRO seien regierungs- und weisungsabhängige Marionettenorganisationen, wurde zudem durch die neue restriktive Gesetzgebung zur Akkreditierung von NRO verstärkt. Da in

<sup>1</sup> Non-Profit-Organisation

<sup>2</sup> Eine 1996 von Oxfam/ Hongkong gegründete Initiative zur Erforschung und Unterstützung von NGO-Aktivitäten in China.

der VR China keine soziale Organisation ohne die Genehmigung durch das örtliche Büro des Ministeriums für Zivilangelegenheiten (und durch die Anbindung an eine Träger-Einheit) akkreditiert wird (Saich 2000, S.129) und gezwungen ist, sich durch die neue Kontrollinstanz des zentralen „Büros für das Management von NRO“ (*minjian zuzhi guanliju*)“ verwalten zu lassen, ist eine horizontale Ausbreitung von Grassroot-Organisationen so gut wie unmöglich. Daher werden oft nationale Wohlfahrtseinrichtungen wie z.B. der nationale Frauenverband zur dominanten Träger-Einheit, unter der sich neu gegründete Institutionen sammeln (vgl.: Saich 2000, S. 132). Die horizontale Vernetzung der NGO-Institutionen sollte durch die 1998 überarbeitete „Regulierung zur Registrierung und Verwaltung von sozialen Organisationen“ verhindert werden. Es ist also nicht einfach, als NGO in China überhaupt erst registriert bzw. von einer Schließung bei Verlust der notwendigen Beziehungen im Ministerium oder bei sog. „staatsfeindlicher Agitation“ vor einer Schließung oder Inhaftierung der Mitglieder verschont zu werden (wie es z.B. dem homosexuellen Diskussions-Club erging, der nach der Entlassung des Koordinators im Gesundheitsministerium geschlossen wurde. Vgl.: Saich 2000, S. 132).

Diese *Top-Down* Entwicklung von NRO widerspricht grundsätzlich den westlichen Entwicklungsmustern - im Westen waren Initiativen und Selbsthilfeprojekte sowie die spontane Bildung von Interessengruppen oft Vorläufer für staatliche Institutionen bzw. erwirkten erst später staatliche Förderung. In China werden Initiativen vorrangig durch staatliche Institutionen aufgebaut und die finanzielle Verantwortung im Laufe der Zeit auf den öffentlichen und kommerziellen Sektor übertragen. Unabhängigkeit ist damit in keiner Weise gewahrt.

Diese Tatsachen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dennoch Initiativen gibt, die sich spontan bilden und ohne jegliche staatliche Unterstützung entstanden. Es war möglich, über

die Legitimierung als "Wohlfahrtsorganisation" einen relativ autonomen Raum zwischen Staat und Opposition aufzubauen. Darüber hinaus gelang es den an staatliche Organisationseinheiten gebundene Initiativen eigene regionale Projekte aufzubauen, internationale Kontakte zu knüpfen und ein eigenes Problembewußtsein entwickeln. Durch die Bindung an die staatliche Träger-Einheit kann es auch zu positiven Rückkopplungseffekten auf die staatliche Politik kommen. So ist es z.B. dem *MAPLE Women's Psychological Counseling Center* zusammen mit dem Frauenrechtsberatungszentrum der Beijing Universität gelungen, ihre Erkenntnisse über häusliche Gewalt und der rechtlichen Unsicherheit von Migrantinnen in das neue Heiratsgesetz der VR China mit einfließen zu lassen (Sausmikak 2001). Darüber hinaus gibt es zahlreiche unregistrierte NRO - 1996 schätzte man die Anzahl der nicht-registrierten NRO auf 20.000 (Saich 2000, S. 136). Seit 1998 konnte sich eine nationale Vernetzung von über 600 chinesischen lokalen NPOs (einsehbar im Internet unter [www.chinanpo.org](http://www.chinanpo.org)) unter der Leitung der *China Association of Science Foundation* (CASF) herausbilden. Besonders bemerkenswert sind die professionellen Vereinigungen, die sich für politische Reform und Demokratisierung einsetzen. Sie sind gering an der Zahl, doch sie erweitern das Spektrum der Umwelt- und Sozialvereinigungen um die direkte politische Dimension. Das "World and China Institut" von Li Fan ist so ein Beispiel: er führt zusammen mit einem Team Evaluationen der Dorfwahlen durch, verfaßt Handbücher zur Durchführung der Wahlen und setzt sich für die Anhebung der Wahlen auf höhere Ebenen ein.

Würde man jedoch das Kriterium der „Autonomie“ an die Initiativen und Organisationen anlegen (wie es der Keynote-Speaker Prof. Salamon vom *John-Hopkins-Center for Civil Society Studies* auf der oben erwähnten Konferenz im Herbst 2000 in Beijing tat), so würden wohl nur sehr wenige chinesische Organisationen als NGO gelten dürfen. Die Kontroverse über das "Project Hope" bringt darüber hinaus viele der staatlich organisierten GONGOs in Mißkredit. Diese Projekt war angegliedert an die kom-

munistische Jugendliga und aquirierte mehr als 200 Millionen Dollar an Spendengeldern, deren Verbleib unklar blieb. Zudem bestehen viele der weniger prestigeträchtigen Initiativen, v.a. Frauen-NRO, „nur dem Namen nach“ - sie können Ideen und Aktionen nicht umsetzen, da es oft an administrativen Ressourcen (Räumen, Geräten etc.), Personal und Geld allgemein fehlt (Ping-Chun Hsiung, 1999, S. 47).

Trotz dieser Mängel bewertet Nick Young (China Development Brief, Beijing) die NGO-Entwicklung in der VR China positiv. In einem Interview mit der Autorin im Sommer 2000 betonte er, daß es vorerst unerheblich sei, ob sich nun der Nationale Frauenverband Chinas als größte NGO bezeichne oder die Kirche (so Rev. Philip Wicken, Amity Foundation) - theoretisch geht es der chinesischen Regierung darum, in den sog. „Dritten Sektor“ nur diejenigen Akteure mit einzuschließen, die sie als kooperativ einschätzt. Genau dies ist der entscheidende Punkt. Aus dem bisher gesagten geht aber eindeutig hervor, dass wir es in der chinesischen Debatte nicht mehr mit einer Debatte um Zivilgesellschaft im engeren Wortsinn zu tun haben (eine detaillierte Analyse der Zivilgesellschaftsdebatte findet sich in Schade 2002), sondern eher um die Debatte des Aufbaus des „Dritten Sektors“ (Anheier et al. 2000), dass heißt, es geht nicht mehr nur um ausschließliche Politikformulierung und -gestaltung, sondern auch um die Funktion der freiwilligen Organisationen als korporatistischer „Teil des Staates“. Aus diesem Grunde konzentrieren sich die chinesischen Beiträge vornehmlich auf die Erforschung der Funktion der „sozialen Organisationen“ und besonders deren prekärer finanzieller Abhängigkeit und den Korruptionsgefahren. Dass es bei der Etablierung von NRO in einem restriktiven Staat wie China auch um die Etablierung universaler Menschenrechte geht, kann nicht offen diskutiert werden, wird aber anhand der Dokumentation der unterschiedlichsten NRO ersichtlich. Das „Zentrum für Rechtsbeistand für Opfer von Umweltver-

schmutzung“ z.B. konzentriert sich unter anderem darauf, das Recht der Bewohner von Altbaubestand, welcher dem Bau moderner Büro- und Kaufhäuser weichen soll, zu schützen. Andere Zentren übernehmen Rechtsberatung bei Entschädigungsfällen, bei Gewalt in der Familie oder generell bei Missbrauch der Staatsgewalt.

Bemerkenswert ist, dass es die chinesischen Wissenschaftler und NGO-Angehörigen selbst sind, die die allzu optimistischen Hoffnungen der amerikanischen und europäischen Chinakundler dämpfen. Anfang der 90er Jahre gab es einen regelrechten Boom der Civil Society Literatur zu China. Jüngste Aufsätze der Chinesen greifen jedoch die wenigen kritischen Forschungen einiger Amerikaner auf, um auf die finanzielle Abhängigkeit der chinesischen NRO vorrangig von ausländischen Stiftungen und Unternehmen hinzuweisen, während sich europäische NPOs vorrangig durch Regierungsgelder und Stiftungen finanzieren und amerikanische durch Beiträge und Abgaben (Wang Shaoguang 2002). Eine "vollständige Unabhängigkeit", so Wang, würde in keinem Land der Erde existieren, und der "mystische Schleier", der der Civil Society vor einiger Zeit verliehen wurde, sei als solcher enttarnt worden (Wang 2002, S. 47). Die Masse an verzeichneten Organisationen, so Wang, beweise noch lange nicht die Existenz einer Civil Society, viele NRO würden vom marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf erfaßt und zu undemokratischen, auf Eigennutz abzielende Organisationen. Unabhängigkeit sei nur garantiert, wenn die Finanzquellen privater Natur seien und die Aktionen im Geiste des Altruismus stattfänden (Wang 2002, S. 37).

Bestehende Probleme und Mängel bei der Implementierung chinesischer NRO werden in dem folgenden Aufsatz von Yu Keping offen benannt (Yu, S. 28-34). Hierin liegt die Stärke dieses Beitrags, da deutlich wird, dass die Entstehung einer "kritischen Öffentlichkeit", die sich unabhängig von finanzieller Zuwendung des Staates in einem geschützten legalen Rahmen und frei von restriktiven Eingriffen seitens der Partei oder des Staates entwickeln kann, als ideales Ziel definiert wird. Die Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft wird, wie es Yu ab-

schließlich definiert, abhängen von effektiven Maßnahmen, die die Unabhängigkeit, Selbstverwaltung und Eigenständigkeit von politischen und sozialen Vereinigungen und Organisationen stärken. Größte Herausforderung für chinesische NRO besteht nun vor allem darin, sich von der Abhängigkeit von ausländischen Spendengeldern zu emanzipieren und ihren tatsächlichen Einfluß auf die Veränderung von Strukturen oder die Implementierung von Gesetzen nicht aus den Augen zu verlieren. Denn trotzdem die Diskussion über die Civil Society eher einer Diskussion über den „Dritten Sektor“ gleicht, bleibt die zentrale Frage in einem sich transformierenden Staat wie China: Sind chinesische NRO „nur“ Linderer sozialer und umweltbezogener Problematiken (also Dienstleister), oder fungieren sie auch (ohne sich selbst zu überschätzen) als kritische Kontrollinstanz und Transformationskraft?

### Literatur

- Ding, Yijiang, "The Conceptual Evolution of Democracy in Intellectual Circles. Rethinking of State and Society", In: Zhao Suisheng (Hg.) (a.a.O.), S. 111-140.
- Frick, Heike, "Interkulturelle Annäherung an das Fremde und westliche Paradigmen: Zur Diskussion der Civil Society" in China, In: Newsletter Frauen und China, Nr. 5, 1993, S. 12-17.
- Habermas, Jürgen, "Strukturwandel der Öffentlichkeit", (Neuwied 1962), Darmstadt (15. Aufl.) 1984.
- He Baogang, The democratic implications of Civil Society in China, New York: St. Martins Press 1997.
- Heberer, Thomas, "Die Rolle von Interessensvereinigungen in autoritären Systemen: Das Beispiel Volksrepublik China", In: Politische Vierteljahresschrift 37. Jg., Juni 1996, S. 277-297.
- Hoefnagels, Harry, Über den Begriff der politischen Beteiligung (Vorlesung Habermas), in: Hoefnagels, Frankfurter Soziologie, Essen: Scharioth'sche Buchhandlung 1972, S. 82-90.
- Hsiung, Ping-Chun, „Transformation, Subversion, and Feminist Activism: Report on the Workshop of a Developmental Projekt, Xian, China“, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, Vol. 31, Nr. 3, 1999, S. 47-51.
- Kößler, Reinhart, Postkoloniale Staaten, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut 1994.
- Saich, Tony, „Negotiating the State: The Development of Social Organizations in China“, in: *The China Quarterly*, No. 161, 2000, S. 124-141.
- Sausmikat, Nora, "NGO, Frauen und China", in: ASIEN Nr. 80, 2001, S. 81-92.
- Schade, Jeanette, „'Zivilgesellschaft' – eine vielschichtige Debatte“, INEF-Report Nr. 59, 2002.
- The Democracy Forum for East Asia, "The Role of Civil Society in Promoting Democracy in East Asia", Session I-IV, Bangkok 2000, National Endowment of Democracy ([www.ned.org/asia/october00/html](http://www.ned.org/asia/october00/html), aufgerufen 7.11.2001).
- Wang, Shaoguang, "Jinqian yu zizhu. Shimin shehui mianlin de liang nan jingdi (Geld und Selbstständigkeit. Die Civil Society im Angesicht zweier schwieriger Umstände), In: Shehuixue yuekan (Sociology monthly), Nov. 2002, S. 37-48.
- Young, Nick, „A Million flowers bloom; one is weeded out“, in: *ChinaBrief* Vol. II, No. 4, 1999/2000, S. 11-18.
- Zhao Suisheng (Hg.), China and Democracy, Reconsidering the Prospects for a democratic China, Routledge 2000.